

Niederschrift

über die 5. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses am Mittwoch, dem 21.04.2010, 16:00 - 18:00 Uhr, im Ratssaal, Rathaus.

Der Vorsitzende eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung der Mitglieder und die Beschlussfähigkeit fest.

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss genehmigt nach erfolgten Änderungen und Ergänzungen die nachstehende Tagesordnung:

Nichtöffentliche Tagesordnung - 16:00 Uhr

- siehe Anlage -

Öffentliche Tagesordnung - 16:30 Uhr

- | | | |
|------|---|------------------------------|
| 8. | Mitteilungen zur Kenntnis | |
| 8.1. | Mehrarbeits- und Überstundenentwicklung im Arbeitnehmerbereich in den Jahren 2000 bis 2009 | 11/007/2010
Kenntnisnahme |
| 8.2. | Beteiligungsbericht 2007/2008 der Stadt Erlangen | II/039/2010
Kenntnisnahme |
| 8.3. | Bericht und Ausblick zu NKFE/Doppik | II/040/2010
Kenntnisnahme |
| 9. | Ausbildungskapazität 2011 | 111/012/2010
Beschluss |
| 10. | Name für das kommunale Integrationsprogramm (Nachfolge SPUTNIK) | 13-4/001/2010
Gutachten |
| 11. | SPD-Fraktionsantrag 039/2010 vom 25.03.10; Befristete Einstellung von Führungskräften | 11/008/2010
Beschluss |
| 12. | Fortschreibung Gleichstellungskonzept | Gst/001/2010
Gutachten |
| 13. | Mittelbereitstellung Werner-von-Siemens-Realschule, Sanierung der Turnhalle IP-Nr. 215A.404 | 24/011/2010
Gutachten |
| 14. | Mittelbereitstellung für Haushaltsstelle IvP-Nr. 541.802 Neubau/Sanierung Brücke Wöhrmühle West | 66/027/2010
Beschluss |
| 15. | Krippenausbau: Fortschreibung der Priorisierung der Ausbauvorhaben unter Berücksichtigung der Haushaltsmittel | 512/001/2010
Gutachten |

- | | | |
|-----|--|---------------------------|
| 16. | Neuveranschlagung von Haushaltsmitteln im Finanzhaushalt
Tischauflage | 510/017/2010
Beschluss |
| 17. | Einzug nicht verbrauchter Haushaltsmittel für Investitionen im Jahr
2009 und Neuveranschlagung im Haushalt 2010 | 241/005/2010
Beschluss |
| 18. | Anfragen | |

Mitteilung zur Kenntnis

OBM/ZV/113/PSA

11/007/2010

TOP: 8.1

Mehrarbeits- und Überstundenentwicklung im Arbeitnehmerbereich in den Jahren 2000 bis 2009

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	21.04.2010	Ö	Kenntnisnahme	zur Kenntnis genommen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

I. Antrag

Vorbemerkung: Die nachstehenden Informationen beruhen auf Eingabedaten, die von den Ämtern dem Personal- und Organisationsamt zur Entgeltberechnung übermittelt wurden. Die Anordnungsgründe für Mehrarbeiter oder Überstunden sind aus den Arbeitsmeldungen nicht ersichtlich. Sie können nur von dem jeweiligen Fachbereich benannt und bei Bedarf im zuständigen Fachausschuss behandelt werden.

Die Verwaltung wurde im Rahmen der Beschlüsse zur Budgetierung der Personalkosten beauftragt, jährlich über die Entwicklung der Überstunden und Mehrarbeit zu berichten.

Mehrarbeit oder Überstunden sind i. d. R. durch notwendigen, aktuellen, außergewöhnlichen Arbeitsanfall begründet, z.B. Winterdienst, Veranstaltungen, Personalausfall.

Nach den aktuellen Regelungen zur Budgetierung ist der jeweilige Fachbereich anordnungsberechtigt. Lediglich bei Überstunden oder Mehrarbeitsentscheidungen im Beamtenbereich ist seit 2007 Ref. I bzw. nun OBM/ZV, auf Grund der gesetzlich eingeschränkten Anordnungsmöglichkeiten zu beteiligen. Mehrarbeit und Überstunden für Beamtinnen/Beamte wurden jedoch nur in beschränktem Umfang im Schulbereich im Rahmen der erforderlichen Unterrichtsleistungen angeordnet und daher nicht in diese Vergleichsdaten mit aufgenommen.

Die Finanzierung erfolgt im Rahmen der jeweiligen Personalkostenbudgets der Fachämter und führt nicht zur Aufstockung des Fachbudgets.

Das durchschnittliche Kostenvolumen für Überstunden u. Mehrarbeit beträgt von ca. 0,3% bis 0,51% der Gesamtpersonalaufwendungen der Stadt Erlangen. Im Jahr 2007 hat es sich auf ~0,40% gegenüber dem Vorjahr (0,45%) reduziert. Im Jahr 2008 hat sich der Aufwand auf ~ 0,45% und in 2009 auf ~0,51% erhöht. Ohne Beteiligung des Finanzbereiches für Beamte erhöht sich der Anteil aktuell auf 0,69%.

Die Anlage 1 enthält eine Übersicht über die in den letzten Jahren abgerechneten Überstunden, Mehrarbeitsstunden und Überstundenzeitzuschläge. Sie ist nach Unterabschnitten gegliedert, hierdurch ist ein aufgabenbezogener Vergleich möglich. Die Stunden für die Tarifbeschäftigten (Arbeiter/innen und Angestellte) sind jeweils zusammengefasst. Die jeweils für die abgerechneten Stunden des letzten Jahres angefallenen Bruttoentgelte (ohne Sozialversicherungs- und Zusatzversorgungskostenanteile) sind in der Anlage 2 ausgewiesen. Für den Gesamtwert wurden Sozialversicherung und Zusatzversorgung pauschal mit eingerechnet.

Erläuterungen zu den Begriffen/Spalten (siehe Anlage 1 und 2):

Bezahlte Überstunden:	Stunden, die als Überstunden (Stundenvergütung + Zuschlag) bezahlt wurden
Stundenvergütung:	Stunden, die mit dem Stundenlohn nach Stufe 1 der jeweiligen Entgeltgruppe, ohne Zuschläge, bezahlt wurden <i>[dies sind i. d. R. Überstunden, die abgefeiert werden sollten und für die die Überstundenzeitzuschläge bereits bezahlt wurden, bei denen dann aber doch nachträglich eine Bezahlung der Stunden erfolgte; bei einer Summierung der geleisteten Stunden dürfen diese Stunden nicht mit eingerechnet werden, da sie bereits in den Überstundenzeitzuschlägen, ggf. auch des Vorjahres, mit enthalten sind]</i>
ÜStd. Zeitzuschläge	Überstunden, die abgefeiert werden/wurden und für die nur die Überstundenzeitzuschläge bezahlt werden/wurden
bezahlte Mehrarbeit	zusätzlich geleistete Arbeitsstunden von Teilzeitkräften bis zur regelmäßigen Arbeitszeit (~ Vollbeschäftigung).

Es wurden abgerechnet:

[einschließlich abgeordnetes Personal und Eigenbetriebe, Aufgliederung nach Unterabschnitten siehe Anlagen 1 und 2]

im Jahr 2009	Abgerechnete Stunden	Geleistete Stunden	Betrag (in Euro)
Bezahlte Überstunden	6.636,07	6.636,07	106.217,98
Stundenvergütungen	2.927,83		53.196,46
Überstundenzeitzuschläge	19.285,98	19.285,98	87.667,08
Mehrarbeit	6.461,81	6.461,81	82.583,78
Summe:		32.383,86	346.469,79
Zzgl. ca. 30 % AG-Anteile an Sozialversicherung und Zusatzversorgung			103.940,94
Gesamtaufwand ca.			450.410,73

im Jahr 2008	Abgerechnete Stunden	Geleistete Stunden	Betrag (in Euro)
Bezahlte Überstunden	4.208,64	4.208,64	65.122,12
Stundenvergütungen	2.494,73		44.630,30
Überstundenzeitzuschläge	16.115,15	16.115,15	77.845,04
Mehrarbeit	6.747,28	6.747,28	110.468,57
Summe:		27.071,07	298.066,03
Zzgl. ca. 30 % AG-Anteile an Sozialversicherung und Zusatzversorgung			89.419,81
Gesamtaufwand ca.			387.485,84

im Jahr 2007	Abgerechnete Stunden	Geleistete Stunden	Betrag (in Euro)
Bezahlte Überstunden	3.525,97	3.525,97	58.234,05
Stundenvergütungen	1.254,59		20.370,89
Überstundenzeitzuschläge	18.627,61	18.627,61	83.613,15

Mehrarbeit	5.879,84	5.879,84	84.838,74
Summe:		28.033,42	247.056,83
Zzgl. ca. 30 % AG-Anteile an Sozialversicherung und Zusatzversorgung			74.117,05
Gesamtaufwand ca.			321.173,88

im Jahr 2006	Abgerechnete Stunden	Geleistete Stunden	Betrag (in Euro)
Bezahlte Überstunden	4.407,71	4.407,71	69.898,12
Stundenvergütungen	4.812,08		75.241,29
Überstundenzeitzuschläge	16.277,26	16.277,26	76.397,13
Mehrarbeit	4.062,81	4.062,81	59.120,23
Summe:		24.747,78	280.656,80
Zzgl. ca. 30 % AG-Anteile an Sozialversicherung und Zusatzversorgung			84.197,04
Gesamtaufwand ca.			364.853,84

im Jahr 2005	Abgerechnete Stunden	Geleistete Stunden	Betrag (in Euro)
Bezahlte Überstunden	4.816,94	4.816,94	69.432,60
Stundenvergütungen	770,80		10.805,98
Überstundenzeitzuschläge	18.433,36	18.433,36	79.132,75
Mehrarbeit	2.765,29	2.765,29	41.402,72
Summe:		26.015,59	200.774,04
Zzgl. ca. 30 % AG-Anteile an Sozialversicherung und Zusatzversorgung			60.232,22
Gesamtaufwand ca.			261.100,26

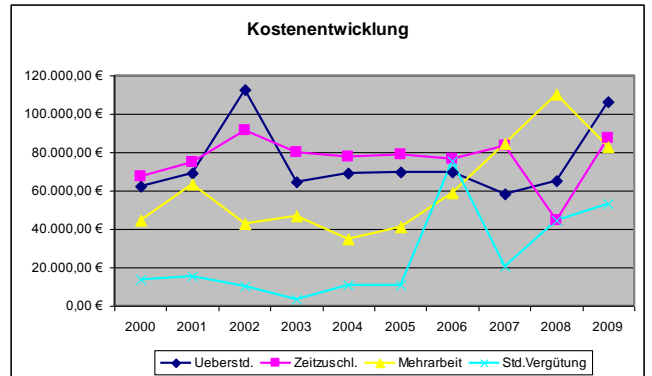
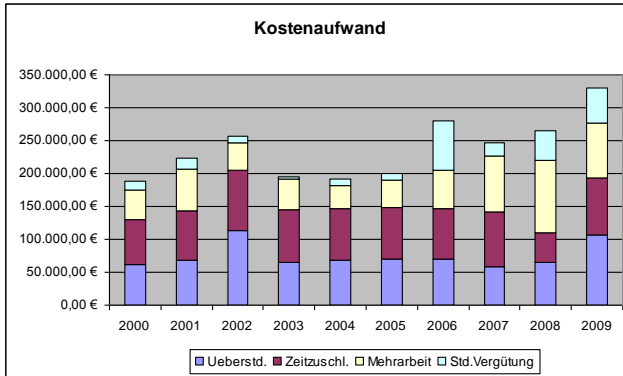
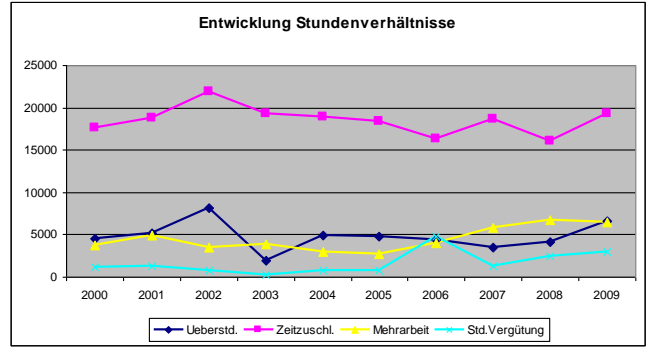
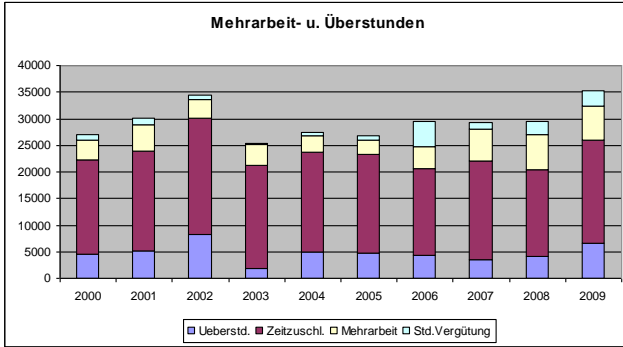
im Jahr 2004	Abgerechnete Stunden	Geleistete Stunden	Betrag (in Euro)
Bezahlte Überstunden	4.938,46	4.938,46	68.932,25
Stundenvergütungen	740,00		10.612,63
Überstundenzeitzuschläge	18.848,05	18.848,05	77.691,07
Mehrarbeit	2.921,99	2.921,99	35.010,09
Summe:		26.708,50	192.246,04
Zzgl. ca. 28 % AG-Anteile an Sozialversicherung und Zusatzversorgung			53.828,89
Gesamtaufwand ca.			246.074,93

im Jahr 2003	Abgerechnete Stunden	Geleistete Stunden	Betrag (in Euro)
Bezahlte Überstunden	4.890,66	4.890,66	64.553,15
Stundenvergütungen	234,75		3.406,55
Überstundenzeitzuschläge	19.348,48	19.348,48	80.028,90
Mehrarbeit	3.881,77	3.881,77	47.072,78
Summe:		28.120,91	195.061,38
Zzgl. ca. 27 % AG-Anteile an Sozialversicherung und Zusatzversorgung			52.666,57
Gesamtaufwand ca.			247.727,95

im Jahr 2002	Abgerechnete Stunden	Geleistete Stunden	Betrag (in Euro)
Bezahlte Überstunden	8.193,84	8.193,84	112.852,46
Stundenvergütungen	781,50		10.169,53
Überstundenzeitzuschläge	21.928,20	21.928,20	91.341,54
Mehrarbeit	3.491,06	3.491,06	42.577,01
Summe:		33.613,10	256.940,54
Zzgl. ca. 27 % AG-Anteile an Sozialversicherung und Zusatzversorgung			69.373,95
Gesamtaufwand ca.			326.314,49

im Jahr 2001	Abgerechnete Stunden	Geleistete Stunden	Betrag (in Euro)
Bezahlte Überstunden	5.216,71	5.216,71	69.029,56
Stundenvergütungen	1.296,57		15.616,14
Überstundenzeitzuschläge	18.782,52	18.782,52	74.909,75
Mehrarbeit	4.901,26	4.901,26	63.265,47
Summe:		28.900,49	222.820,92
Zzgl. ca. 25 % AG-Anteile an Sozialversicherung und Zusatzversorgung			55.705,23
Gesamtaufwand ca.			278.526,15

im Jahr 2000	Abgerechnete Stunden	Geleistete Stunden	Betrag (in Euro)
Bezahlte Überstunden	4.570,34	4.570,34	62.283,18
Stundenvergütungen	1.166,50		13.843,97
Überstundenzeitzuschläge	17.621,97	17.621,97	67.666,91
Mehrarbeit	3742,64	3742,64	44.829,78
Summe:		25.934,95	188.623,84
Zzgl. ca. 25 % AG-Anteile an Sozialversicherung und Zusatzversorgung			47155,96
Gesamtaufwand ca.			235.779,80



Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 21.04.2010

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Stimmen
gez. Dr. Balleis
Vorsitzende/r

gez. Ternes
Berichterstatter/in

Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
Zum Vorgang

Mitteilung zur Kenntnis

II/BTM

II/039/2010

TOP: 8.2

Beteiligungsbericht 2007/2008 der Stadt Erlangen

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	21.04.2010	Ö	Kenntnisnahme	zur Kenntnis genommen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

I. Antrag

Der TOP MzK „Beteiligungsbericht 2007/2008 der Stadt Erlangen“ wurde bereits in der Sitzung des Stadtrates am 04.02.2010 zur Kenntnis genommen. Auf Wunsch der Stadtratsfraktion der Grünen Liste soll das Thema in der HFPA Sitzung am 17.03.2010 nochmals aufgelegt werden.

„Der Beteiligungsbericht 2007/2008 der Stadt Erlangen wird hiermit dem Stadtrat zur Kenntnis gegeben.

Entsprechend den gesetzlichen Anforderungen informiert er über die unmittelbaren und mittelbaren Unternehmensbeteiligungen der Stadt Erlangen ab einem Anteil von 5 % am Stammkapital. Um die Aktualität des Beteiligungsberichts zu verbessern, wurde die Berichterstattung über die Geschäftsentwicklung in 2007 um das Geschäftsjahr 2008 ergänzt, so dass der vorliegende Beteiligungsbericht zwei Geschäftsjahre umfasst.

Zur schnellen Information über den Geschäftsverlauf der letzten 5 Jahre wurde die Berichterstattung über die einzelnen Beteiligungsgesellschaften erstmals um eine Kennzahlenübersicht ergänzt. Neu in den Beteiligungsbericht aufgenommen wurde die mittelbar über die Erlanger Stadtwerke AG gehaltene Beteiligung an der enPlus eG, einer Anfang 2008 neu gegründeten Genossenschaft zur gemeinsamen Beschaffung von Energie. Die Curiavant Internet GmbH befindet sich seit dem 01.01.2008 in der Liquidationsphase.

Wünsche und Anregungen zu Inhalt und Gestaltung des Beteiligungsberichts werden vom Beteiligungsmanagement gerne entgegengenommen“.

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 21.04.2010

gez. Dr. Balleis
Vorsitzende/r

gez. Beugel
Berichtersteller/in

Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

. Zum Vorgang

Mitteilung zur Kenntnis

Referat II

II/040/2010

TOP: 8.3

Bericht und Ausblick zu NKFE/Doppik

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	21.04.2010	Ö	Kenntnisnahme	zur Kenntnis genommen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

I. Antrag

In der letzten HFGA-Sitzung am 17. März 2010 bat die SPD-Fraktion um einen Sachstandsbericht zum Neuen Kommunalen Finanzwesen in Erlangen (NKFE). Darüber hinaus wurde darum gebeten die nächsten anstehenden Maßnahmen innerhalb der Doppik vorzustellen und in welchen Zeitabschnitten diese erfolgen sollen. Da die zentrale Steuerung nicht in den Aufgabenbereich von Referat II fällt, sollen an dieser Stelle nur auf die nächsten, wesentlich die Kämmerei betreffenden Schritte eingegangen werden.

Das Finanzreferat möchte bei der Beantwortung auf das Arbeitsprogramm 2010 verweisen; folgende inhaltliche Schwerpunkte werden 2010 bis 2012/2013 definiert:

1. Eröffnungsbilanz
2. Erstellung von Dienstanweisungen im Finanzbereich/doppisches Buchungsgeschäft
3. Klärung von Schnittstellenproblematiken zwischen städtischem Haushalt und EB 77
4. Aufbau einer flächendeckenden Kosten- und Leistungsrechnung (KLR)
5. Aufbau eines internen Leistungsverrechnungssystems
6. Aufbau einer neuen doppischen Budgetierung
7. Klärung von Veranschlagungsproblematiken, die aus doppischen Vorgaben herrühren (KommHV-Doppik), aber mit anderen spezialgesetzlichen Vorgaben (z. B. KAG) nicht im Einklang stehen
8. Aufbau einer neuen Personalkostenbudgetierung
9. Entwicklung von Verbesserungen im Finanzcontrolling

Die Punkte 1 – 3 und 7 gelten aktuell als die Schwerpunktt Themen und bestimmen die inhaltliche Arbeit in Amt 20 im Jahr 2010 neben insbesondere KommunalBIT betreffenden Thematiken.

Für die Erstellung der Eröffnungsbilanz ist insbesondere die Zusammenarbeit mit den „anlagenintensiven“ Ämtern wie GME und Tiefbauamt erforderlich; angestrebt war die Fertigstellung im Laufe des Aprils 2010. Aufgrund personeller Engpässe in der Stadtkämmerei und Projektgruppe NKFE zum einen aber auch fehlender Zuarbeiten aus den Ämtern wird sich die

Fertigstellung bis mind. 31. Juli 2010 verzögern. Es steht zu befürchten, dass die Fertigstellung der Eröffnungsbilanz sogar erst nach der Sommerpause erfolgen kann. Dies wiederum hat unmittelbare Auswirkung auf die Erstellung des ersten doppelischen Jahresabschlusses, der bis zum 30. September 2010 geplant ist. Beide Themen bedeuten für die Stadtkämmerei eine nicht unerhebliche zeitliche und inhaltliche Verschiebung der Tages-Arbeiten.

Als weitere Schwerpunkte für das Jahr 2010 sind der Aufbau eines transparenten Systems zur Darstellung der Finanzbeziehungen zwischen Stadt und EB 77 (Auftraggeber-/Auftragnehmeverhältnis) in Zusammenarbeit mit dem EB 77 und der Organisation sowie die Prüfung und ggf. Umsetzung wesentlicher Elemente aus der Prüfung des Rechnungsprüfungsamtes zum doppelischen Buchungsgeschäft. Beispielsweise wird die Ausführung des Anordnungs- und Buchungswesens derzeit uneinheitlich gehandhabt; Abhilfe soll dadurch geschaffen werden, dass – vergleichbar zur Stadt Nürnberg – Richtlinien zur ordnungsgemäßen Verbuchung von Anlagevermögen und Sonderposten erstellt werden. Ein Auftrag zur Erstellung dieser Richtlinien in Zusammenarbeit mit Amt 20 wurde an den Doppik-Berater KPMG erst jüngst erteilt.

Neben diesen Schwerpunkten ist innerhalb der Stadtverwaltung zur Verbesserung der Doppik-Akzeptanz die Wiederaufnahme des Dialogs mit den Ämtern im laufenden Jahr geplant. Diese Arbeit wird sich bis zum Jahr 2012 erstrecken.

Immer wieder entstehen Situationen, die die Abarbeitung der gesteckten Ziele verzögern: Ausgliederung KommunalBIT und KVÜ aus dem städtischen Haushalt, haushalts-, insbesondere beratungstechnische Umsetzung diverser Sparrunden zum Haushalt mit Verschiebung des Termins zum Haushaltsbeschluss.

Werden Kapazitäten der Kämmerei in Projekten gebunden, können die von Amt 20 als notwendig angesehenen Arbeiten durch die Kämmerei nicht in der beabsichtigten Geschwindigkeit vollzogen werden.

Weitere Themen aus der oben genannten Auflistung sind für 2010 nicht zur Abarbeitung vorgesehen. Die Gründe liegen zum einen an der derzeit fehlenden Besetzung der Projektleiterstelle (sie ist seit Herbst 2009 durch den Wechsel von Herrn Götz zu eGoV unbesetzt) sowie an der insgesamt personellen Situation in Abt. 201 aufgrund krankheitsbedingter Ausfälle sowie der Einbindung in Projektaufgaben wie IZ KommunalBIT und KVÜ.

Der weitere Doppik-Projektfortschritt, wobei neben der Erstellung der Eröffnungsbilanz auch der erste doppelische Jahresabschluss zur Projektarbeit zählt, hängt sehr stark von zwei Bedingungen ab; zum einen die Besetzung der Projektleitung NKFE sowie zum anderen die dauerhafte Verbesserung der Personalengpässe in der Abt. 201. Weitere Bedingung ist, dass in der Stadtverwaltung keine neuen Projekte auf den Weg gebracht werden, die eine starke Einbindung der Stadtkämmerei auslösen.

An der Neufassung der Arbeitsprogramme, die dem Stadtrat zur Beurteilung der Budgetziele der Ämter im Zuge der Haushaltsplanberatung eine wesentliche Hilfestellung geben sollen, wird derzeit unter der Federführung der Stabstelle Verwaltungsmodernisierung in der Arbeitsgruppe Verwaltungsmodernisierung in Zusammenarbeit von Referat OBM/ZV/112 und Amt 20 gearbeitet.

Es ist auch beabsichtigt, die finanzpolitischen Sprecher der Fraktionen zu einem Gespräch einzuladen, welche Änderungen die Politik am Erscheinungsbild des Haushalts wünscht und zu erörtern, ob Abweichungen von der derzeitigen Fassung haushaltsrechtlich zulässig sind.

Der Auszug aus dem Protokoll des Deutschen Städtetags vom November 2009 zur Reform des öffentlichen Haushalts- und Rechnungswesens dient zur Kenntnis. Interessant sind daraus folgende Informationen:

- In der Mehrheit der Bundesländer gibt es konkrete Fristen für die Umstellung kommunaler Haushalte auf die Doppik (Bayern ist nicht dabei).
- Es bestehen Zweifel, dass auf der Basis der zusätzlich verfügbaren Informationen auch eine bessere Steuerung gelingt.
So zeige sich in verschiedenen Städten, dass der Rat nicht über Produkte steuern könne.
- Es ist bisher nicht gelungen über die Änderung des Rechnungsstils zu einer wirkungsorientierten Steuerung der Haushaltswirtschaft und der Kommunalpolitik zu gelangen.
- Die Reform befindet sich derzeit in einer kritischen Phase.

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 21.04.2010

Protokollvermerk:

Die Mitteilung zur Kenntnis wird auf Antrag der SPD-Fraktion zum Tagesordnungspunkt erhoben. Nachfragen von Seiten des Ausschusses werden von Herrn berufsm. StR Beugel beantwortet.

gez. Dr. Balleis
Vorsitzende/r

gez. Beugel
Berichterstatter/in

Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
Zum Vorgang

Beschlussvorlage

OBM/ZV/111-AF/MCD, TBA

111/012/2010

TOP: 9

Ausbildungskapazität 2011

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	21.04.2010	Ö	Beschluss	einstimmig angenommen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

Referat II, Amt 20, Personalrat

I. Antrag

Im Jahr 2011 sollen insgesamt **26** Nachwuchskräfte zur Ausbildung eingestellt werden, davon

- **19 Nachwuchskräfte** im Verwaltungsbereich und
- **7 Nachwuchskräfte** im gewerblich-technischen/kaufmännischen Bereich

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Ziel ist es, dauerhaft eine hochwertige Dienstleistung für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Erlangen durch die kontinuierliche Ausbildung und Qualifizierung von Nachwuchskräften sicherzustellen. Ausbildung stellt den ersten Schritt einer zielorientierten Personalentwicklung dar. Es gilt hier vor allem Fach-, Handlungs- und Methodenkompetenz zu vermitteln, damit die Stadt Erlangen den Anforderungen der Zukunft gerecht werden kann.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Zum 01.09.2011 werden **26** Nachwuchskräfte zur Ausbildung eingestellt.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Gemäß Art. 33 i. V. m Art. 3 GG werden die Ausbildungsplätze öffentlich ausgeschrieben und unter Berücksichtigung des Leistungsgrundsatzes in einem transparenten Auswahlverfahren besetzt.

Durch die intensive Beteiligung an Berufsbörsen und die aktive Werbung an Schulen soll ein qualifizierter Adressatenkreis erschlossen werden. Maßstab für dieses Handeln bildet der Grundsatz der Chancengleichheit. Dabei wird ein hohes Augenmerk auf die Leitziele Kinder- und Familienfreundlichkeit sowie Integration gelegt.

4. Ressourcen

Ressourcen 26 neue Stellen für 4 Monate in 2011		
Sachkosten (Ausbildungskosten im engeren Sinn) ohne - Eigenbetriebe	74.000 €	Kostenstelle: 110090 Kostenträger: 11150011
Personalkosten - ohne Eigenbetriebe (brutto):	84.000 €	Kostenstelle: 113011 Kostenträger: 11150011

Für das **Haushaltsjahr 2011** entstehen für **alle bestehenden Ausbildungsverhältnisse**:

- Sachkosten in Höhe von 335.684 € und Personalkosten in Höhe von 927.971 €. Es bedarf somit einer Aufstockung des Personalkostenbudgets um 33.643 €.
- Die Gesamtkosten belaufen sich auf 1.263.655 €. Gegenüber dem Vorjahr ergeben sich somit Gesamt-Mehrkosten in Höhe von 2.572 €.

I. III. Sachbericht

1 Einstellungszahlen

Die Grundlage für die Ausbildungskapazität 2011 bildet eine Kapazitätsabfrage in allen Dienststellen, die in gewerblich-technischen und kaufmännischen Berufen ausbilden sowie eine Bedarfskalkulation durch das Personal- und Organisationsamt in den Verwaltungsberufen.

In gewerblich-technischen sowie kaufmännischen Berufen wird seit Jahren über dem Bedarf ausgebildet, um der sozialen Verantwortung als Arbeitgeber Stadt Erlangen gerecht zu werden. In den Verwaltungsberufen bestimmt sich der Bedarf nach der voraussichtlichen Fluktuation.

2 Überblick über die Einstellungszahlen 2011

Für das Jahr **2011** sollen folgende Ausbildungsverhältnisse eingegangen werden:

Ausbildungsberufsbild	Anzahl	Voraussichtliches Ausbildungsende
<u>Verwaltungsberufe</u>		
1 gehobener nichttechnischer Verwaltungsdienst	6	10/2014
mittlerer nichttechnischer Verwaltungsdienst	6	10/2013
Verwaltungsfachangestellte/Verwaltungsfachangestellter	6	08/2014
gehobener bautechnischer und umweltfachlicher Dienst (EBE)	1	03/2012
Summe Verwaltung:	19	

<u>gewerblich-technische/kaufmännische Berufe</u>		
Bauzeichnerin/Bauzeichner Fachrichtung Tief-, Straßen- und Landschaftsbau (EBE)	1	08/2014
Bauzeichnerin/Bauzeichner Fachrichtung Architektur (Amt 24)	1	08/2014
Bürokauffrau/Bürokaufmann (EBE, EB77)	2	08/2014
Fachkraft für Veranstaltungstechnik (Amt 44)	2	08/2014
Mechaniker in der Land- und Baumaschinenteknik (EB77)	1	08/2014
Summe gewerblich-technisch/kaufmännisch:	7	
2 Gesamtkapazität 2011	26	

3 Aktueller Stand im Bewerbungsverfahren 2010

3.1 Überblick

Gemäß dem Beschluss des Stadtrates vom 29.04.2009 wurden folgende Ausbildungszusagen (Beamtinnen/ Beamte) gemacht bzw. Ausbildungsverträge geschlossen:

Beruf	Kapazität	Ausbildungsverträge/-zusagen
Gehobener nichttechnischer Verwaltungsdienst	6	6 wurden besetzt;; zusätzlich wurden 3 Beamtinnen/Beamte des mittleren nichttechnischen Verwaltungsdienst, die bereits bei der Stadt Erlangen beschäftigt sind, im Rahmen der Personalentwicklung zum Aufstieg zugelassen.
Mittlerer nichttechnischer Verwaltungsdienst	6	4 Stellenreduzierung aufgrund des vorhandenen Bewerberpotenzials
Verwaltungsfachangestellte/ Verwaltungsfachangestellter	6	8 Erhöhung der Zahl aufgrund des qualifizierten Bewerberpotenzials und Ausgleich für den mittleren nichttechnischen Verwaltungsdienst
Bauzeichner/Bauzeichnerin (Amt 66)	1	0 Die Einstellung einer Bewerberin wurde bereits im Jahr 2009 aus sozialen Gründen vorgenommen.
Fachangestellte/Fachangestellter für Medien- und Informationsdienste Fachrichtung	1	1 Wurde besetzt

Archiv		
Fachinformatikerin/Fachinformatiker (KomunalBIT)	1	1 Wurde für das KommunalBIT eingestellt
Fachkraft für Veranstaltungstechnik (Amt 44)	2	2 wurden besetzt
Gärtnerin/Gärtner Fachrichtung Garten- und Landschaftsbau (EB 77)	2	1 wurde besetzt; Nachrücker nahmen Stellenangebot nicht an, deshalb wird eine erneute Ausschreibung erfolgen
Kfz-Mechatronikerin/Kfz-Mechatroniker (EB 77)	1	1 wurde besetzt

III. Abstimmung

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 21.04.2010

Im Jahr 2011 sollen insgesamt **26** Nachwuchskräfte zur Ausbildung eingestellt werden, davon

- **19 Nachwuchskräfte** im Verwaltungsbereich und
- **7 Nachwuchskräfte** im gewerblich-technischen/kaufmännischen Bereich

Protokollvermerk:

Der Vorsitzende OBM Dr. Balleis schlägt vor, in Kooperation mit den Gemeinden im Umland einen Ausbildungsverbund zu konzipieren. Er wird dies beim nächsten Gespräch mit den Umland-Bürgermeistern erörtern.

Herr StR Dr. Janik beantragt, zusätzliche 6 Ausbildungsplätze in den Verwaltungsbereichen zu schaffen. Der Antrag wird mit 5 gegen 8 Stimmen abgelehnt.

mit 13 gegen 0 Stimmen

gez. Dr. Balleis

Vorsitzende/r

gez. Ternes

Berichterstatter/in

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

OBM/13-4/KSJ Tel. 2375

13-4/001/2010

TOP: 10

Name für das kommunale Integrationsprogramm (Nachfolge SPUTNIK)

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	21.04.2010	Ö	Gutachten	einstimmig angenommen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

Jury: OBM, BM 2, Vertreter/innen der Fraktionen, 13-1, Erlanger Nachrichten

I. Antrag

Der Stadtrat beschließt den Namen für das kommunale Integrationsprogramm (in der Nachfolge der erfolgreichen Integrationsmaßnahmen der Projekte MIR und Sputnik) mit Start zum 01.06.2010:

Alternative A: Die Begleiter (mit Übersetzung in mehrere Sprachen) (Jury: 13 Stimmen)

Alternative B: Wegbereiter (Jury: 4 Stimmen)

Alternative C: Komm MIT – Migration, Integration, Toleranz (Jury: 3 Stimmen)

Damit gilt der Antrag der CSU-Fraktion Nr. 023/2010 als bearbeitet.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Das kommunale Integrationsprogramm erhält einen Namen.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die Jury legt drei Vorschläge zur Abstimmung vor.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Der Wettbewerb wurde durchgeführt.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Die Preise (1. Platz: ein Stadtlexikon, 2. Platz: ein Erlangen-Monopoly, 3. Platz: eine Familieneintrittskarte für das Stadtmuseum) werden aus dem Budget von Amt 13 finanziert. Sollte Vorschlag A gewählt werden, verzichten die Mitarbeiter/innen auf die Preisausschüttung. Dafür erhält eine Bürgerin, die 16 Vorschläge eingereicht hat, einen Anerkennungspreis.

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel sind auf IPNr.: bzw. im Budget vorhanden!

Anlagen:

III. Abstimmung

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 21.04.2010

Der Stadtrat beschließt den Namen für das kommunale Integrationsprogramm (in der Nachfolge der erfolgreichen Integrationsmaßnahmen der Projekte MIR und Sputnik) mit Start zum 01.06.2010:

Alternative A: Die Begleiter (mit Übersetzung in mehrere Sprachen) (Jury: 13 Stimmen)

Alternative B: Wegbereiter (Jury: 4 Stimmen)

Alternative C: Komm MIT – Migration, Integration, Toleranz (Jury: 3 Stimmen)

Damit gilt der Antrag der CSU-Fraktion Nr. 023/2010 als bearbeitet.

mit 11 gegen 0 Stimmen

gez. Dr. Balleis

Vorsitzende/r

gez. Schmitt

Berichterstatter/in

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

OBM/ZV/11/MGA

11/008/2010

TOP: 11

SPD-Fraktionsantrag 039/2010 vom 25.03.10; Befristete Einstellung von Führungskräften

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	21.04.2010	Ö	Beschluss	mehrheitlich angenommen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

Personalvertretung

I. Antrag

Die Übertragung von Führungspositionen (Amts-, Schul- und Werkleitungen) auf Probe für neu eingestellte Tarifbeschäftigte erfolgt auf Basis des § 31 Abs. 1 TVöD

- im Rahmen eines befristeten Arbeitsverhältnisses i.S.v. § 14 Abs. 1 Nr. 5 Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG)
- für die Dauer von zwei Jahren
- zum Zweck der Erprobung.

Bei Bewährung wird die Funktion im Rahmen eines unbefristeten Arbeitsvertrages auf Dauer übertragen. Bewährt sich die Führungskraft nicht, so endet das Beschäftigungsverhältnis.

Innerhalb des 2-jährigen Erprobungszeitraums wird tarifgemäß eine beiderseitige Kündigungsmöglichkeit vereinbart.

Der Antrag der SPD-Fraktion Nr. 039/2010 vom 25.03.2010 ist damit bearbeitet.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Die Stadt behält die tarifgerechte Möglichkeit bei, bei extern besetzten Führungspositionen (Amts-, Schul- und Werkleitungen) die Arbeitsverhältnisse von nicht geeigneten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, innerhalb der 2-jährigen Erprobungszeit zu beenden.

2. **Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen**

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Bei externer Besetzung von Führungspositionen mit Tarifbeschäftigten wird die Funktion gem. Beschlusslage des Stadtrats vom 26.10.2006 weiterhin auf Probe gem. § 31 TVöD übertragen. Nach Ablauf der 2-jährigen Erprobungsphase wird die Funktion auf Dauer übertragen, sofern das zuständige Referat die Eignung bestätigt hat. Andernfalls endet das Beschäftigungsverhältnis.

3. **Prozesse und Strukturen**

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Es bleibt damit bei der bisherigen Praxis des Personal- und Organisationsamtes, lt. Mitteilung zur Kenntnis für den HFPA am 17.3.10.

Entgegen der Darstellung im Fraktionsantrag hat sich die Praxis bei der Befristung von Arbeitsverhältnissen nicht geändert.

Die in der o. a. Mitteilung zur Kenntnis beschriebene Handhabung wurde seit Beschlussfassung durch den Stadtrat am 26.10.2006 vom Personal- und Organisationsamt umgesetzt.

Bei externen Besetzungen mit Tarifbeschäftigten gilt in der Regel eine 6-monatige Probezeit. Sollten sich die neuen Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter in den ersten 6 Monaten nicht bewähren so wird das Arbeitsverhältnis grundsätzlich beendet.

Extern eingestellte Führungskräfte sollen insoweit keine Bevorzugung erhalten, als die Arbeitsverhältnisse ebenfalls beendet werden, sofern die Probezeit nicht erfolgreich verläuft. Bei Führungspositionen besteht der Unterschied darin, dass nicht die generelle 6-monatige Probezeit sondern eine 24-monatige Probezeit vereinbart wird. Das ist tarifkonform und wurde explizit von den Tarifvertragsparteien in § 31 TVöD festgelegt.

Die von der SPD-Fraktion vorgeschlagene Variante, Bewerberinnen bzw. Bewerber auf Führungspositionen zunächst unbefristet auf eine (niedriger bewertete?) Stelle einzustellen und anschließend die „Führungsaufgaben auf Zeit“ (gemeint war sicherlich die Variante nach § 31 Abs. 3 TVöD) zu übertragen, wäre grundsätzlich möglich.

Diese Variante entspricht aber nach Ansicht des Personal- und Organisationsamtes nicht der geltenden Stadtrats-Beschlusslage und birgt zugleich das hohe Risiko, dass gerade für die Beschäftigten mit sehr spezifischer Qualifikation im Falle der Nichteignung keine profilhgerechte Einsatzmöglichkeiten in der Verwaltung gefunden wird.

Ein überplanmäßiger Einsatz von Beschäftigten verursacht ggf. langfristig zusätzliche Personalkosten.

Anlage: SPD-Fraktionsantrag 39/2010 vom 25.03.10

III. Abstimmung

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 21.04.2010

Die Übertragung von Führungspositionen (Amts-, Schul- und Werkleitungen) auf Probe für neueingestellte Tarifbeschäftigte erfolgt auf Basis des § 31 Abs. 1 TVöD

- im Rahmen eines befristeten Arbeitsverhältnisses i.S.v. § 14 Abs. 1 Nr. 5 Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG)
- für die Dauer von zwei Jahren
- zum Zweck der Erprobung.

Bei Bewährung wird die Funktion im Rahmen eines unbefristeten Arbeitsvertrages auf Dauer übertragen. Bewährt sich die Führungskraft nicht, so endet das Beschäftigungsverhältnis.

Innerhalb des 2-jährigen Erprobungszeitraums wird tarifgemäß eine beiderseitige Kündigungsmöglichkeit vereinbart.

Der Antrag der SPD-Fraktion Nr. 039/2010 vom 25.03.2010 ist damit bearbeitet.

Protokollvermerk:

Auf Anregung des Personalrates wird die Verwaltung künftig bei den Bewerbungsgesprächen von sich aus darauf hinweisen, dass Tarifbeschäftigte nur befristet beschäftigt werden.

mit 10 gegen 3 Stimmen

gez. Dr. Balleis

Vorsitzende/r

gez. Ternes

Berichterstatter/in

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

OBM/Gst/ZBB-1523

Gst/001/2010

TOP: 12

Fortschreibung Gleichstellungskonzept

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	21.04.2010	Ö	Gutachten	einstimmig angenommen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

Amt 11, Amt 30, PR

I. Antrag

Die fortgeschriebene Fassung des Gleichstellungskonzeptes (s. Anlage) ist ab sofort für die Stadt Erlangen gültig.

II. Begründung

4. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Ein Gleichstellungskonzept kann seine Wirkung nur entfalten, wenn es die aktuellen Entwicklungen und neue gesetzliche Grundlagen wie das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) berücksichtigt. Mit dem fort geschriebenen Konzept, wird konsequent dem Rechnung getragen, dass Gleichstellungspolitik Frauen und Männer betrifft und Bestandteil von Führungsverantwortung ist. Das Ziel ist, dass Geschlechtergerechtigkeit konsequent in allen Bereichen der Personalpolitik und -entwicklung umgesetzt wird.

5. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die Punkte des Konzeptes müssen in allen Bereichen der Personalpolitik, bei Konzeptentwicklungen und Aktivitäten in den Bereichen Personalentwicklung, Gesundheitsförderung, Telearbeit, Teilzeit, Familienfreundlichkeit etc. berücksichtigt werden.

6. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Die Gleichstellungsbeauftragten beraten die zentrale Verwaltung und Führungskräfte zur Umsetzung des Gleichstellungskonzeptes, setzen sich für die Umsetzung in allen internen Bereichen ein und leisten Öffentlichkeitsarbeit und bieten Fortbildungen zur Umsetzung an.

7. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€ bei IPNr.:
Sachkosten:	€ bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€ bei Sachkonto:
Folgekosten	€ bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€ bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen	

Haushaltsmittel sind auf IPNr.: bzw. im Budget vorhanden!

Anlagen:

Gleichstellungskonzept (Fortschreibung des Frauenförderplans von 1989, Fortschreibung des Gleichstellungskonzeptes von 1996) Fortschreibung 2010

III. Abstimmung

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 21.04.2010

Die fortgeschriebene Fassung des Gleichstellungskonzeptes (s. Anlage) ist ab sofort für die Stadt Erlangen gültig.

Protokollvermerk:

Frau StRin Rossiter regt an, in diesem Zusammenhang auch auf den Aspekt der Gleichstellung von Personen mit Migrationshintergrund zu achten.

mit 13 gegen 0 Stimmen

gez. Dr. Balleis

Vorsitzende/r

gez. Aschmann

Berichterstatter/in

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Sitzungsvorlage Mittelbereitstellung

VI/242-1/LHB

24/011/2010

TOP: 13

Mittelbereitstellung Werner-von-Siemens-Realschule, Sanierung der Turnhalle IP-Nr. 215A.404

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	21.04.2010	Ö	Gutachten	einstimmig angenommen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

Amt 40, Amt 20, Ref. II

Die Zustimmung zur Mittelbereitstellung wird erteilt

gez. Beugel.....
Unterschrift Referat II

I. Antrag

Die Verwaltung beantragt nachfolgende über-/planmäßige Bereitstellung von Mitteln:
Erhöhung der Aufwendungen/Auszahlungen um

IWerner-von-Siemens-Realschule, Turnhalle IP-Nr. 215A.404	Kostenstelle [920762	Produkt 215 Realschulen	450.000 € für Sachkonto [
--	----------------------	-------------------------	-------------------------------------

Die Deckung erfolgt durch Einsparung/Übertragung

IP-Nr. [-----	Kostenstelle [929980	in Höhe von Produkt 11170024 [GME-Bauunterhalt	450.000 € bei Sachkonto [521112
IP-Nr. [Kostenstelle	und in Höhe von Produkt [€ bei Sachkonto
IP-Nr. [Kostenstelle [und in Höhe von Produkt [€ bei Sachkonto [

II. Begründung

1. Ressourcen

Zur Durchführung der Maßnahme sind nachfolgende Investitionsmittel notwendig:

Für den Verwendungszweck stehen im Sachkostenbudget (Ansatz) zur Verfügung - €

Im Investitionsbereich stehen dem Fachbereich zur Verfügung (Ansatz)

2009:	70.000 €
2010:	1.050.000 €

2011:	280.000 €
-------	-----------

Es stehen Haushaltsreste zur Verfügung in Höhe von €

Bisherige Mittelbereitstellungen für den gleichen Zweck sind bereits erfolgt in Höhe von - €

Summe der bereits vorhandenen Mittel 1.400.000 €

Gesamt-Ausgabebedarf (inkl. beantragter Mittelbereitstellung) **1.850.000 €**

Die Mittel werden benötigt auf Dauer
 einmalig von bis

Nachrichtlich:

Verfügbare Mittel im Budget zum Zeitpunkt der Antragstellung €

Das Sachkonto ist nicht dem Sachkostenbudget zugeordnet.

Verfügbare Mittel im Deckungskreis

Die IP-Nummer ist keinem Budget bzw. Deckungskreis zugeordnet.

2. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Den Gebäudenutzern werden intakte Gebäude zur Verfügung gestellt.

3. Programme/Produkte/Leistungen/Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die Doppelturnhalle der Werner- von- Siemens- Realschule wird im Rahmen der Konjunkturpaket II- Förderung und der FAG- Förderung in diesem Jahr saniert. Die Außenhülle (Fassaden, Dächer, Fenster) wird gemäß Energieeinsparverordnung 2009 wärmegeklämt. Mittels Durchführung von Brandschutzmaßnahmen (Einbau Sicherheitsbeleuchtung, Rauchabzugsanlagen, Brandschutztüren und -fenster) wird die Halle zur Versammlungsstätte ausgebaut, damit größere Schulveranstaltungen dort stattfinden können. Weiterhin sollen die 42 Jahre alten

Haustechnischen Anlagen, Umkleide- und Duschräume erneuert werden. Im Zuge der Haushaltsanmeldungen wurden im Frühjahr 2009 Baukosten in Höhe von 1.400.000€ zum Investitionshaushalt angemeldet und bewilligt. Im Rahmen der Leistungsphase Entwurfsplanung wurden Baukosten in Höhe von 1.850.000€ ermittelt, weswegen die Differenzsumme hierfür im GME- Budget reserviert wurde, nachdem die Nachmeldung zum Haushalt 2010 erfolglos blieb.

Die Mittelbereitstellung mit Deckung aus dem GME- Budget wird beantragt, um das oben beschriebene Sanierungsprogramm der Turnhalle durchführen zu können. Die FAG- Förderung (ca. 140.000€) der beantragten Mittelbereitstellungssumme (450.000€) ist jetzt im Rahmen des Sanierungspaketes möglich. Bei einer späteren Antragstellung mit dieser Summe würde der Schwellenwert von 25% der vergleichbaren Neubaukosten nicht mehr erreicht und die FAG- Förderung der Teilsanierungssumme 450.000€ wäre nicht mehr möglich.

4. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme/Leistungsangebote erbracht werden?)

Projektleitung und –steuerung durch GME, SG Bauunterhalt in Zusammenarbeit mit SG Betriebstechnik.

Vergabe der Architektenleistungen und der Ingenieurleistungen an externe Projektanten.

Anlagen:

III. Abstimmung

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 21.04.2010

Die Verwaltung beantragt nachfolgende über-/planmäßige Bereitstellung von Mitteln:

Erhöhung der Aufwendungen/Auszahlungen um

IWerner-von-Siemens-Realschule, Turnhalle IP-Nr. 215A.404	Kostenstelle [920762	Produkt 215 Realschulen	450.000 € für Sachkonto [
--	----------------------	-------------------------	-------------------------------------

Die Deckung erfolgt durch Einsparung/Übertragung

IP-Nr. [-----	Kostenstelle [929980	in Höhe von Produkt 11170024 [GME-Bauunterhalt	450.000 € bei Sachkonto [521112
IP-Nr. [Kostenstelle	und in Höhe von Produkt [€ bei Sachkonto
IP-Nr. [Kostenstelle [und in Höhe von Produkt [€ bei Sachkonto [

mit 11 gegen 0 Stimmen

gez. Dr. Balleis

Vorsitzende/r

gez. Beugel

Berichterstatter/in

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Sitzungsvorlage Mittelbereitstellung

VI/661/MDA

66/027/2010

TOP: 14

Mittelbereitstellung für Haushaltsstelle IVP-Nr. 541.802 Neubau/Sanierung Brücke Wöhrmühle West

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	21.04.2010	Ö	Beschluss	vertagt

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

Die Zustimmung zu Mittelbereitstellung wird erteilt / nicht erteilt!

23.03.2010, gez. Beugel
Unterschrift Referat II

I. Antrag

Die Verwaltung beantragt nachfolgende über-/außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln:
Erhöhung der Aufwendungen/Auszahlungen um

IP-Nr. 541.802 (Brücke Wöhrmühle West)	Kostenstelle 660090	Produkt	125.000,- € für Sachkonto [
---	---------------------	---------	---------------------------------------

Die Deckung erfolgt durch Einsparung/Mehreinnahme

IP-Nr. 541.500 (Erschließungsmaßn.,Bau)	Kostenstelle 660090	in Höhe von Produkt [50.000,- € bei Sachkonto [
IP-Nr. 541.841 (Radwegenetz, Ausbau)	Kostenstelle 660090	und in Höhe von Produkt [25.000,- € bei Sachkonto
IP-Nr. 541.840 (Fuß- /Radwege, kl.Baumaßn.)	Kostenstelle 660090	und in Höhe von Produkt [30.000,- € bei Sachkonto [
IP-Nr. 541.610 (Bushaltestellen)	Kostenstelle 660090	und in Höhe von	20.000,- €

II. Begründung

1. Ressourcen

Zur Durchführung des Leistungsangebots/der Maßnahme sind nachfolgende Investitions-, Sach- und/oder Personalmittel notwendig:

Für den Verwendungszweck stehen im Sachkostenbudget (Ansatz) zur Verfügung 90.000,00 €

Im Investitionsbereich stehen dem Fachbereich zur Verfügung (Ansatz) €

Es stehen Haushaltsreste zur Verfügung in Höhe von 186.162,22€

Bisherige Mittelbereitstellungen für den gleichen Zweck sind bereits erfolgt in Höhe von €

Summe der bereits vorhandenen Mittel 276.162,22€

Gesamt-Ausgabebedarf (inkl. beantragter Mittelbereitstellung) **400.000,- €**

Die Mittel werden benötigt auf Dauer
 einmalig von bis

Nachrichtlich:

Verfügbare Mittel im Budget zum Zeitpunkt der Antragstellung €

Das Sachkonto ist nicht dem Sachkostenbudget zugeordnet.

Verfügbare Mittel im Deckungskreis €

Die IP-Nummer ist keinem Budget bzw. Deckungskreis zugeordnet.

Aufgrund des bisherigen Rechnungsstandes, der zwischenzeitlich vorliegenden Abrechnungsunterlagen sowie des Ausschreibungsergebnisses der Sanierung des durch die Brückenbaumaßnahme stark beschädigten Siedlerweges sind die bislang zur Verfügung gestellten Finanzmittel bei IvP-Nr. 541.802 nicht ausreichend, wobei sich der Mehrbedarf wie folgt begründet:

- Mehraufwand wg. Auflagen aus der wasserrechtlichen Genehmigung ca. 23.000,- €

- Zusätzliche Baugrunduntersuchungen ca. 9.000,- €

- bauabwicklungstechnische Mehrkosten wg. des ergänzten Gutachtens nach der Baugrunduntersuchung in Flussmitte ca. 22.000,- €

- aus abdichtungstechnischen Gründen wurden die Brückenkappen separat und nicht monolithisch mit dem Brückenträger verbunden ausgebildet ca. 29.000,- €

- Mehraufwendungen während der Bauausführung (z.B. herausziehbare Poller, Platzfläche mit Sitzbänken, zusätzliche Abläufe, prov. Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit am Siedlerweg, etc.) ca. 19.000,- €

Gesamt (netto) ca. 102.000,- €

zzgl. 19% MWSt.	<u>ca. 19.500,- €</u>
Gesamt (brutto)	ca. 121.500,- €

Die erforderlichen HH-Mittel in Höhe von 125.000 € werden aus den aufgezeigten IvP-Nrn. bereitgestellt. Das Arbeitsprogramm in diesen Aufgabenbereichen wird entsprechend abgeändert, wobei darauf verwiesen wird, dass der Ausbau Siedlerweg ohnehin im Radwegsanierungsprogramm oberste Priorität genoss.

Anlagen:

III. Abstimmung

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 21.04.2010

Protokollvermerk:

Die Angelegenheit wird in die nächste Sitzung vertagt.

gez. Dr. Balleis
Vorsitzende/r

gez. Beugel
Berichterstatter/in

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

IV/Abt.512/BUH-1731

512/001/2010

TOP: 15

Krippenausbau: Fortschreibung der Priorisierung der Ausbauprojekte unter Berücksichtigung der Haushaltsmittel

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	21.04.2010	Ö	Gutachten	einstimmig angenommen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

Kämmerei

Planungsgruppe nach BayKiBiG

I. Antrag

Die Verwaltung wird beauftragt, die Umsetzung der geplanten Ausbauprojekte sowie Generalsanierungen von Kindertageseinrichtungen mit den Bauträgern entsprechend voranzutreiben.

II. Begründung

8. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Neuschaffung von Krippenplätzen und Durchführung von Generalsanierungen in Kindertageseinrichtungen in Kombination mit der Errichtung neuer Krippengruppen.

9. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Fortführung der Ausbauplanungen sowie Umsetzung der angezeigten Generalsanierungen unter Berücksichtigung der bereitgestellten Haushaltsmittel in 2010/2011.

10. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Haushaltsmittel 2010

Auf der Kostenstelle „Kindertageseinrichtungen Freier Träger“ stehen laut Stadtratsbeschluss vom 25.02.2010 im Haushalt 2010 folgende Mittel zur Verfügung:

Haushaltsentwurf der Kämmerei für 2010:	1.750.000 €
Erhöhung (HFPA vom 11.02.2010)	4.500.000 €
Vorgezogene Restmittelübertragung (HFPA vom 11.02.2010)	701.000 €
Neuer Ansatz 2010:	6.951.000 €

Von den 6.951.000 € sind bereits gebunden: 701.000 € durch die vorgezogene Restmittelübertragung (HFPA vom 11.02.2010) sowie 631.183 € durch Projekte mit Beschlüssen aus 2009 (siehe Vorlage 512/002/2010). Das Haushaltsvolumen um für 2010 neue Beschlüsse herbeizuführen, beträgt somit **5.618.817 €**.

Aufgrund der angespannten Haushaltssituation sowie der Erfahrung, dass es bei den Bauprojekten leicht zu zeitlichen Verzögerungen kommt und nicht alle Mittel in 2010 abgerufen werden, wurde beschlossen, von den für 2010 vorgesehenen Haushaltsansatz in Höhe von 5.618.817 € Mittel in Höhe von 2.850.000 € als Verpflichtungsermächtigung für 2011 bereit zu stellen.

Für den Haushalt 2010 und 2011 stellt sich das wie folgt dar:

2010		2011	
Ansatz:	6.951.000 €	Ansatz Kämmerei:	750.000 €
Vorgezogene Restmittelübertragung (HFPA vom 11.02.2010)	- 701.000 €	Erhöhung (HFPA v. 11.02.2010)	1.360.000 €
Gebundene Mittel aus 2009	- 631.183 €	Verpflichtungsermächtigung (VE):	2.850.000 €
Zwischensumme:	5.618.817 €	Neuer Ansatz:	4.960.000 €
Als VE von 2010 nach 2011:	- 2.850.000 €		
Ansatz für neue Projekte:	2.768.817 €	Davon als VE	3.931.000 €

Mit dem Haushaltsansatz von 2010 in Höhe von 2.768.817 € sowie der Verpflichtungsermächtigung für 2011 in Höhe von 3.931.000 € stehen zum gegenwärtigen Zeitpunkt insgesamt **6.699.817 €** für neue Ausbauprojekte zur Verfügung.

Das bedeutet, dass für Projekte mit einem Haushaltsvolumen in Höhe von insgesamt 6.699.817 € in 2010 Beschlüsse herbeigeführt werden können. Diese Projekte würden in 2010 finanziert oder anfinanziert werden und je nach Baufortschritt und Fertigstellung in 2010 oder in 2011 in Betrieb gehen.

Fortschreibung der Priorisierungsliste

Am 22.10.2009 wurde im JHA eine Priorisierungsliste zum Krippenausbau vorgestellt. Die dort mit sehr hoch und hoch bewerteten Projekte sollen in diesem Jahr verwirklicht werden. Aufgrund von

neuen Informationen und Entwicklungen zum Planungsstand, wurde die vorgestellte Priorisierungsliste vom 22.10.2009 weiter fortgeschrieben.

Die nachfolgenden Tabellen geben den aktuellen Planungsstand wieder.

Projekte mit Beschlüssen aus 2009 – Realisierung in 2010

Bei den in der nachfolgenden Tabelle aufgeführten Ausbaumaßnahmen handelt es sich um Projekte mit Beschlüssen aus 2009, die in 2010 realisiert werden. Für diese Projekte wurden Beschlüsse in Vorgriff auf den Haushalt 2010 (Verpflichtungsermächtigungen) herbei geführt.

Es handelt sich hierbei um die Projekte mit einem Volumen in Höhe von 631.183 €, die von dem Haushaltsansatz 2010 (siehe Tabelle oben) abgezogen werden mussten.

Träger	Gruppen	Sachstand	Priorität/ geplante Beschlussfassung	Geschätzter Zuschussbedarf	Summe
Krippe					
Kath. Kirchengemeinde Herz Jesu	2	Bereits in 2009 anfinanziert, erste Mittel wurden abgerufen, geplante Inbetriebnahme am 01.09.2010	Stadtratsbeschluss vom 25.06.2009, Zuweisungsbescheid vom 11.09.2009;	2. Rate 250.000 € in 2010	250.000 €
Hort					
Evang. Kirchengemeinde St. Markus -Löhehort	1	Förderantrag liegt bei der Regierung von Mittelfranken bereits positiv vorbegutachtet, Baugenehmigung fehlt noch. Geplante Inbetriebnahme in 2010	Stadtratsbeschluss vom 10.12.2009	2. Rate 381.183 € in 2010	631.183 €

Ausbauvorhaben freier Träger in 2010

Nachfolgend die Ausbauvorhaben, für die neue Beschlüsse herbeigeführt werden können, in Höhe von einem Haushaltsvolumen von insgesamt 6.699.817 €.

Träger	Gruppen	Sachstand	Priorität/ geplante Beschlussfassung	Geschätzter Zuschussbedarf	Summe
Kath. Kirchengemeinde St. Sebald Erweiterung des Kindergartens um eine Krippengruppe	1	Der Träger ist in seiner Planung sehr weit fortgeschritten. Als Baubeginn ist 2010 angestrebt.	Priorisierung: sehr hoch Geplante Beschlussherbeiführung in 2010	400.000 €	400.000 €
Diakonisches Zentrum Erweiterung des	1	Planungsunterlagen liegen vor.	MzK vom 22.04.2009 Herbeiführung von	1.720.000 €	2.120.000 €

Kinderzentrums um eine Krippengruppe <u>Generalsanierung</u> der bestehenden Krippe, des Kindergartens und des Horts		Die zusätzliche Krippengruppe ist mit <u>Generalsanierung</u> verknüpft. Beginn der Baumaßnahme in 2010.	Beschlüssen im JHA und Stadtrat im April 2010 geplant. Priorisierung: sehr hoch		
Kath. Kirchengemeinde Heilig Kreuz Umwandlung einer Kindergartengruppe	1	Veränderung seit der Priorisierungsliste vom 22.10.2009: Fördermittel können bis 2013 beantragt werden. Planungsunterlagen werden derzeit erstellt. Geplante Realisierung der Krippe in 2010.	Priorisierung: sehr hoch Beschlussherbeiführung in 2010	200.000 €	2.320.000 €
Ev. Thomaskirchengemeinde Erweiterung des Kinderhaus Thomizil um anderthalb Krippengruppen	1,5	Erweiterung der Einrichtung um eine Krippengruppe geplant. Veränderung seit der Priorisierungsliste vom 22.10.2009: Fördermittel können bis 2013 beantragt werden. Planungsunterlagen werden derzeit überarbeitet.	MzK v. 22.04.2009 Priorisierung: sehr hoch	600.000 €	2.920.000 €
Ev. Kirchengemeinde St. Matthäus <u>Generalsanierung</u> des Kindergartens und Neubau von zwei Krippengruppen	2	Der Träger ist in seiner Planung sehr weit vorgeschritten. Geplant ist eine öffentliche und eine betriebliche Krippengruppe. Vereinbarung mit Betrieb, dass Realisierung der Krippengruppe bis 2011 erfolgt. Die geplante Krippe ist mit einer <u>Generalsanierung</u> verknüpft.	Priorisierung:sehr hoch Geplante Beschlussfassung in 2010	1.548.500 € - 1.784.000 € *	4.704.000 €
Ev. Kirchengemeinde St. Maria Magdalena Erweiterung des Kindergartens Arche um eine Krippengruppe	1	Der Träger hat mit der konkreten Planung begonnen. Geplante Inbetriebnahme in 2011	Priorisierung: sehr hoch Geplante Beschlussfassung in 2010	400.000 €	5.104.000 €
Miniclub Erweiterung der Krippeneinrichtung	0,5	Träger plant eine Erweiterung seiner Einrichtung. Geplante Realisierung in 2010	Priorisierung: hoch	30.000 €	5.134.000 €
Siemens (Bausträger) Friedrich-Bauer-Str., N.N. (Betriebsträger)	4	Neubau von 4 Krippengruppen (50 Plätze) und einer Kindergartengruppe (25 Plätze)	Priorisierung: hoch Beschlussfassung im Sommer 2010 geplant	1.600.000 € (noch Klärungsbedarf bzgl. der Kindergartengruppe)	6.734.000 €
Benötigte Haushaltsmittel für	12 Gruppen				6.734.000 €
Incl. 2 Gruppen Herz Jesu (2. Rate)	14 Gruppen				

*Für die Generalsanierung steht zur Zeit noch keine genaue Zuschusshöhe fest. Von daher wird eine minimale und eine maximale Zuschusshöhe in der Tabelle angegeben. Bis die Zuschusshöhe bei den Generalsanierungen geklärt ist, geht die Verwaltung vom Maximum an Zuschussbedarf aus.

Aufgrund der groben Kostenschätzungen die für die Ausbauprojekte angesetzt wurden, können nach dem heutigen Stand 12 Krippengruppen incl. der Generalsanierungen von zwei Kindertageseinrichtungen mit den in 2010 beschlossenen Mitteln und der Verpflichtungsermächtigungen realisiert werden. Mit den 2 Gruppen von Herz Jesu werden somit 14 Gruppen geschaffen.

Bisher bekannte, konkrete Ausbauplanungen in 2011 und 2012

Träger	Gruppen	Sachstand	Priorität/ geplante Beschlussfassung	Geschätzter Zuschussbedarf	Summe
Der Paritätische Bayern – gem. Kita GmbH Nordbayern/Montessori Dechsendorf	1	Anbau an den bestehenden Kindergarten geplant. Planungsunterlagen werden derzeit geprüft.	Priorisierung: sehr hoch	400.000 €	400.000 €
Ev. Kirchengemeinde St. Peter und Paul Erweiterung des Kindergartens um zwei Krippengruppen	2	Der Träger hat mit der konkreten Planung begonnen. Planungsunterlagen werden derzeit erstellt. Die geplante Krippe ist mit der angezeigten Generalsanierung verbunden. Träger würde gerne so schnell wie möglich das Bauvorhaben realisieren.	Priorisierung: sehr hoch	800.000 € (Kosten für die Generalsanierung noch offen)	1.200.000 €
Palmsanlage Städt. Gebäude	2	Kaufangebot an Universität/Kliniken für die Einrichtung einer Krippe Eine Realisierung wäre relativ schnell möglich.	Priorisierung hoch	800.000 €	2.000.000 €
Ev. Kirchengemeinde Erlöserkirche	2	Erweiterung der Kindertageseinrichtung um zwei Krippengruppen, Krippenneubau. Erste Kontaktgespräche mit dem Träger haben statt gefunden. Träger plant den Baubeginn in 2011.	Priorisierung: hoch	800.000 €	2.800.000 €
Kath. Kirchengemeinde Heilige Familie	1	Erweiterung der Kindertageseinrichtung um eine Krippengruppe. Krippenneubau, unabhängig von der Generalsanierung des Kindergartens. Geplanter Baubeginn in 2011.	Priorisierung: hoch	400.000 €	3.200.000 €
	8 Gruppen				3.200.000 €

Weitere Ausbauvorhaben

Träger	Gruppen	Sachstand	Priorität/ geplante Beschlussfassung	Geschätzter Zuschussbedarf	Summe
AWO Sonnenschein	2-4	Träger plant Erweiterung der bisherigen Krippe			

Tennenlohe					
Ev. Kirchengemeinde St. Markus - Heuschlag	1	Umwandlung einer Kindergartengruppe Ausbauprojekt von 2010 auf 2012 verschoben, weil aus förderrechtlicher Sicht kein Provisorium besteht			
AWO Röthelheimpark		3. Grundstück der AWO mit einer Bauverpflichtung für eine Kindertageseinrichtung			
Grundstück Frauenaarach bzw. Gemeindezentrum		Einrichtung einer Krippe in Frauenaarach notwendig. Derzeit besteht nur eine sehr geringe Versorgungsquote an diesem Standort.			
Grundstück in Alterlangen		Einrichtung einer Krippe in Alterlangen notwendig Derzeit besteht nur eine sehr geringe Versorgungsquote an diesem Standort.			
Bezirksklinikum		Konkrete Planung derzeit offen			

Betriebskosten in 2010

Durch die Realisierung der geplanten neuen Gruppen fallen zusätzlich Betriebskosten. Pro Gruppe entstehen Betriebskosten von ca. 80.000 €. Die Kosten werden zur Hälfte durch den Freistaat Bayern refinanziert. Für 2010 wurde eine Erhöhung der Betriebskosten auf 14 Gruppen berechnet und im Haushalt für das laufende Budget eine Erhöhung um 1.200.000 € angemeldet.

Der konkrete Bedarf richtet sich nach dem Inbetriebnahmezeitpunkt der Einrichtungen.

11. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten: bei IPNr.: 365D.880

In 2010: 4.101.000 € KSt. 510090

In 2011 als VE: 3.500.000 € KTr. 36510051

Folgekosten 1.200.000 € SK 530101

Betriebskostenzuschüsse KSt. 512090
KTr. 36521100

Korrespondierende Einnahmen 600.000 € SK 414101

Betriebskostenzuschüsse KSt. 512090
KTr. 36521100

Investitionskostenzuschüsse 365D.610ES

(staatliche Refinanzierung) KSt. 510090
gemäß Haushaltsplan 1.866.000 € KTr. 36510051
veranschlagt in 2010

gemäß Haushaltsplan
veranschlagt in 2011

2.750.000 €

Weitere Ressourcen

Haushaltsmittel sind auf IPNr.: 365.D880 vorhanden!

Anlagen:

III. Abstimmung

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 21.04.2010

Die Verwaltung wird beauftragt, die Umsetzung der geplanten Ausbauprojekte sowie Generalsanierungen von Kindertageseinrichtungen mit den Bauträgern entsprechend voranzutreiben.

mit 13 gegen 0 Stimmen

gez. Dr. Balleis

Vorsitzende/r

gez. Dr. Rossmeissl

Berichterstatter/in

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

IV/510/2010

510/017/2010

TOP: 16

Neuveranschlagung von Haushaltsmitteln im Finanzhaushalt

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	21.04.2010	Ö	Beschluss	einstimmig angenommen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

Amt 20

I. Antrag

1. Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss stimmt der Neuveranschlagung von 701.000 Euro im Finanzhaushalt von Amt 51 (Kostenstelle 510090 IP-Nr.: 365D.880) für Zuschüsse von Kindertageseinrichtungen vorbehaltlich der Begutachtung durch den Jugendhilfeausschuss am 22.04.2010 zu.
2. Der Jugendhilfeausschuss begutachtet die Neuveranschlagung von 701.000 Euro im Finanzhaushalt von Amt 51 (Kostenstelle 510090 IP-Nr.: 365D.880) für Zuschüsse von Kindertageseinrichtungen.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Zügiger und programmgemäßer Krippenausbau zur Erfüllung des Rechtsanspruches bis 2013.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Zwingend notwendiger Einsatz der neu veranschlagten Haushaltsmittel.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel sind auf IPNr.: bzw. im Budget vorhanden!

Anlagen:

III. Abstimmung

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 21.04.2010

1. Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss stimmt der Neuveranschlagung von 701.000 Euro im Finanzhaushalt von Amt 51 (Kostenstelle 510090 IP-Nr.: 365D.880) für Zuschüsse von Kindertageseinrichtungen vorbehaltlich der Begutachtung durch den Jugendhilfeausschuss am 22.04.2010 zu.
2. Der Jugendhilfeausschuss begutachtet die Neuveranschlagung von 701.000 Euro im Finanzhaushalt von Amt 51 (Kostenstelle 510090 IP-Nr.: 365D.880) für Zuschüsse von Kindertageseinrichtungen.

mit 13 gegen 0 Stimmen

gez. Dr. Balleis

Vorsitzende/r

gez. Dr. Rossmeißl

Berichterstatter/in

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

VI/241/HH2010

241/005/2010

TOP: 17

Einzug nicht verbrauchter Haushaltsmittel für Investitionen im Jahr 2009 und Neuveranschlagung im Haushalt 2010

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	21.04.2010	Ö	Beschluss	zurückgestellt (Vorgang eingestellt)

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

I. Antrag

Die im Jahr 2009 nicht verbrauchten Haushaltsmittel für die nachfolgend genannten Investitionen werden im Haushalt 2010 neu veranschlagt, da die Durchführung der Maßnahmen zwingend erforderlich ist.

IP-Nr.	Investitionsmaßnahme
212C.400	HS Hermann-Hedenus, Generalsanierung
213.400	Baumaßnahme Büchenbach Nord, Mönauschule
217E.401	IP 234.1 ASG, Generalsanierung
221A.403	Baumaßnahme Jean-Paul-Schule, Turnhalle, KP II
251A.403	IP 321.4 Umbaumaßnahme Stadtarchiv, MuWi
252.402	Um- und Ausbaumaßnahme, Bauteil B, Med.Archiv (Muwi)
261.353	Markgrafentheater; Generalsanierung Inspizientenanlage
261.404	Generalsanierung Markgrafentheater
365B.400	Ausbau eigener KiGa nach TAG, Planungsmittel
365E.407	Baumaßnahme Lernstube Goldwitzer Straße 27
573.405	Generalsanierung Heinrich-Lades-Halle

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

- zügige Umsetzung der Maßnahmen, die mit Fördermitteln des Investitionspaktes und des Konjunkturprogrammes II (KP II) bezuschusst werden
- Gewinnung von Kostensicherheit

- Fertigstellung bereits begonnener Maßnahmen
- Vermeidung von Folgekosten, die aufgrund von Verzögerungen unvermeidlich entstehen
- Erfüllung der Versorgungsquote nach dem Kindertagesstättenausbauprogramm

2. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

HS Hermann-Hedenus, Generalsanierung (212C.400)

KP II - Maßnahme (Investitionspakt 2009)

Baubeginn Anfang August 2010

Fertigstellung im November 2011

DA Bau-Beschluss im März 2010

zwingende Gründe für die Neuveranschlagung:

- Die KP II - Maßnahmen sind zügig umzusetzen.
- Die während der Sanierung ausgelagerten Klassen ziehen in die Container, die im Zuge der Grundschul-Maßnahme aufgestellt wurden. Jeder Verzug bedeutet zusätzliche monatliche Mietkosten für diese Container zu Lasten des Sanierungsbudgets.

Baumaßnahme Büchenbach Nord, Mönauschule (213.400)

zwingender Grund für die Neuveranschlagung:

Die Haushaltsmittel sind zur Fertigstellung der Umbaumaßnahme „Einbau einer Schulküche“ zwingend erforderlich.

IP234.1 ASG Generalsanierung (217E.401)

Schulsanierungsprogramm

VOF-Verfahren in 2010

Planung in 2011

Baubeginn in 2012

Beschluss zur Durchführung des VOF-Verfahrens im August 2009

zwingender Grund für die Neuveranschlagung:

Das VOF-Verfahren (europaweite Ausschreibung der Planungsleistung Architekt) wurde im März 2010 begonnen, es endet im November 2010 zwingend mit dem Planungsauftrag. In 2010 sind demnach die ersten Planungsschritte zu beauftragen.

Baumaßnahme Jean-Paul-Schule, Turnhalle, KP II (221A.403)

zwingender Grund für die Neuveranschlagung:

Die KP II - Maßnahmen sind zügig umzusetzen.

IP 321.4 Umbaumaßnahme Stadtarchiv, Muwi (251A.403)

Baubeginn im August 2009

Fertigstellung im Frühjahr 2011

DA Bau - Beschluss im April 2008

zwingende Gründe für die Neuveranschlagung:

- laufende Maßnahme
- projektbegleitende, laufende Bauvergaben in Höhe der Haushaltsansätze

Um- und Ausbaumaßnahme, Bauteil B, Med. Archiv Muwi (252.402)

zwingender Grund für die Neuveranschlagung:

Die Haushaltsmittel sind zwingend erforderlich, um das Medizinische Archiv im Bauteil B (Erd- und Kellergeschoss) des Museumswinkels termingerecht zu realisieren.

Markgrafentheater; Generalsanierung Inspizientenanlage (261.353)

zwingender Grund für die Neuveranschlagung:

Vorplanung erforderlich, damit Kostensicherheit gegeben

Generalsanierung Markgrafentheater (261.404)

zwingender Grund für die Neuveranschlagung:

Die Haushaltsmittel sind zwingend erforderlich, um die bauaufsichtlichen Auflagen zu erfüllen: Einbau Rauch- und Wärmeabzugsanlage Zuschauerraum, Druckbelüftungsanlage Foyers, Sprinkleranlage Garderoben zur Sicherung der Fluchtwege.

Ausbau eigener KiGa nach TAG, Planungsmittel (365B.400)

zwingende Gründe für die Neuveranschlagung:

- Erfüllung der Versorgungsquote nach dem Kindertagesstättenausbauprogramm
- Planungsleistungen für städtische Kindertagesstätten nach Prioritätenliste Amt 51

Baumaßnahme Lernstube Goldwitzerstr. 27 (365E.407)

Baubeginn im Januar 2010

Fertigstellung im Frühjahr 2011

zwingende Gründe für die Neuveranschlagung:

- laufende Maßnahme
- projektbegleitende, laufende Bauvergaben in Höhe der Haushaltsansätze

Generalsanierung Heinrich-Lades-Halle (573.405)

zwingender Grund für die Neuveranschlagung:

Die Haushaltsmittel sind zwingend erforderlich, um die hygienischen Verhältnisse der Küche zu verbessern und um im kleinen Saal eine Raum- und Wärmeabzugsanlage einzubauen.

3. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

IP-Nr.	Investitionsmaßnahme	Entwurf 2010	+/- Änderung
212C.400	HS Hermann-Hedenus, Generalsanierung	-400 000 €	-50 000 €
213.400	Baumaßnahme Büchenbach Nord, Mönaschule	0,00 €	-120 000 €
217E.401	IP 234.1 ASG, Generalsanierung	-130 000 €	-30 000 €
221A.403	Baumaßnahme Jean-Paul-Schule, Turnhalle, KP II	-740 000 €	-15 000 €
251A.403	IP 321.4 Umbaumaßnahme Stadtarchiv, MuWi	-2 592 000 €	-650 000 €
252.402	Um- und Ausbaumaßnahme, Bauteil B, Med.Archiv (Muwi)	-2 500 000 €	-365 000 €
261.353	Markgrafentheater; Generalsanierung Inspizientenanlage	0,00 €	-48 000 €
261.404	Generalsanierung Markgrafentheater	0,00 €	-770 000 €

365B.400	Ausbau eigener KiGa nach TAG, Planungsmittel	-200 000 €	-200 000 €
365E.407	Baumaßnahme Lernstube Goldwitzer Straße 27	-2 000 000 €	-256 000 €
573.405	Generalsanierung Heinrich-Lades-Halle	-500 000 €	-557 000 €
573.405	Generalsanierung Heinrich-Lades-Halle	-500 000 €	-32 000 €

III. Abstimmung

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 21.04.2010

Protokollvermerk:

Die Vorlage wird von der Verwaltung zurückgezogen. Es erfolgt zunächst eine Abstimmung mit der Kämmerei.

gez. Dr. Balleis
Vorsitzende/r

gez. Bruse
Berichterstatter/in

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

TOP: 18

Anfragen

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	21.04.2010	Ö		

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 21.04.2010

Protokollvermerk:

Es werden folgende Anfragen gestellt:

1. Frau StRin Aßmus erkundigt sich nach dem Sachstand des Änderungswunsches bezüglich der Seitennummerierungen in den Sitzungsunterlagen durch das neue Ratsinformationssystem. Die Verwaltung teilt mit, dass noch keine Antwort der Herstellerfirma vorliegt.
2. Herr StR Heinze fragt an, ob der Haushaltsplan 2010 auch auf CD erhältlich ist. Herr berufsm. StR Beugel wird diesbezüglich nachfragen.

Stimmen

gez. Dr. Balleis

Vorsitzende/r

gez. Friedel

Schriftführer/in

Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

Zum Vorgang

Sitzungsende am 21.04.2010, 18:00 Uhr

Der Vorsitzende:

.....
Oberbürgermeister
Dr. Balleis

Der Schriftführer:

.....
Friedel

Kenntnis genommen

Für die CSU:

Für die SPD:

Für die Grüne Liste:

Für die FDP:

Für die Erlanger Linke:

Für die ÖDP:

Für die FWG: